

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/6542 –**

Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum stärken

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, zur Vermeidung von Wohlstandsverlusten eine wachstumsorientiertere Politik durch Umsetzung verschiedener Einzelmaßnahmen zu verfolgen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6542 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Reinhard Houben
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Reinhard Houben

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6542** wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. April 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der CDU/CSU sieht den Wirtschaftsstandort Deutschland aufgrund einer drohenden Stagflation – fehlendes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Inflation – gefährdet. Hiermit könnten erhebliche Wohlstandsverluste einhergehen, die sich in einer schwachen Einkommensentwicklung, Jobverlusten sowie massiven Belastungen für die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme niederschlagen könnten.

Die Fraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf, eine „wirtschaftspolitische Wende“ einzuleiten. Die aktuell viel zu eng auf ökologische Interessen ausgerichtete Wirtschaftspolitik müsse breiter aufgestellt werden und sich stärker an Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum orientieren. Wichtig sei etwa, die Produktivität zu stärken sowie in Bildung, Forschung und Innovation zu investieren. Insgesamt müsse die Zielgenauigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen mehr in den Blick genommen und bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, anstatt pauschal finanziell zu entlasten und somit den Staatshaushalt übergebührlich zu belasten.

In diesem Zusammenhang fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, verschiedene Einzelmaßnahmen umzusetzen. Hierzu gehört etwa die bessere Integration bestimmter gesellschaftlicher Gruppen in den Arbeitsmarkt, beispielsweise Menschen mit Behinderungen oder ältere Beschäftigte. Zudem sollten zusätzliche Anreize für Unternehmen, gerade auch solche aus der Finanzwirtschaft, geschaffen werden, in Start-ups oder innovative Technologien zu investieren. Dabei müssten auch bürokratische Hürden wegfallen, insbesondere ein „Belastungsmoratorium“ eingeführt werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/6542 in seiner 43. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6542 in seiner 61. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6542 in seiner 55. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6542 in seiner 50. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/6542 in seiner 41. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/6542 in seiner 50. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6542 in seiner 50. Sitzung am 21. Juni 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6542.

Berlin, den 21. Juni 2023

Reinhard Houben
Berichtersteller